



# Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin XIX. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage  
Ursprungsinitiator: SPD, Schoenthal, Eva-Marie

Drs. Nr.: 0101/XIX  
Lfd. Nr.:

Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Sitzung	Beratungsstand
25.01.2012	BVV	BVV/004/XIX	

## Große Anfrage

### Abrechnungsunregelmäßigkeiten bei ambulanten Pflegediensten

Das Bezirksamt wird um folgende Auskunft gebeten:

1. Hat das Bezirksamt in der Zwischenzeit weitere Konsequenzen aus den festgestellten Abrechnungsunregelmäßigkeiten bei den ambulanten Pflegediensten gezogen?
2. Welche Maßnahmen kann das Bezirksamt ergreifen, um zukünftig solchen Unregelmäßigkeiten entgegenzuwirken?
3. Ist dem Bezirksamt bekannt, ob die Senatsverwaltung in Berlin einheitliche Maßnahmen zur Verhinderung von Abrechnungsunregelmäßigkeiten im ambulanten Pflegedienst ergreifen wird?

Berlin-Neukölln, den 17.01.2012

SPD, Schoenthal, Eva-Marie

(Antragsteller, Fragesteller bzw. Berichterstatter)

#### Abstimmungsverhalten:

		SPD	CDU	Grüne	PIRATEN	LINKE
<b>Einstimmig</b>	<b>JA</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<b>NEIN</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<b>ENTH.</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

#### Ergebnis:

- beschlossen (mit Änderung)       Kenntnis genommen       abgelehnt  
 zurückgezogen       vertagt       gegenstandslos  
 überwiesen in den Ausschuss für \_\_\_\_\_ (federführend)  
 zusätzlich in den Ausschuss für \_\_\_\_\_  
 und in den Ausschuss für \_\_\_\_\_
- beantwortet       schriftlich  
 BzBm/FinWi       BiSchulKuSport       JugGes       BauNatBüD       Soz

Abteilung Soziales  
Soz Dez

25.1.2012  
2240

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 25.1.2012

über

Lfd. Nr. : 11.2

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Drs. Nr. :0101/XIX

nachrichtlich den Fraktionen der  
SPD, CDU, Grünen, PIRATEN und LINKEN

Dringlichkeit

schriftlich

Konsensliste

## **Beantwortung der Großen Anfrage**

Betr.: „Abrechnungsmodalitäten bei ambulanten Pflegediensten“

Sehr geehrte Frau Vorsteherin,  
sehr geehrter Herr Vorsteher,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau Schoenthal,

Für das Bezirksamt beantworte ich die Große Anfrage der SPD wie folgt:

Zu 1.

Das Bezirksamt ist auch weiterhin nicht bereit, Abrechnungsunregelmäßigkeiten durch ambulante Pflegedienste zu tolerieren, wobei hier jedoch grundsätzlich zwischen Fahrlässigkeiten von geringfügiger Bedeutung und strafrechtlich relevanten Tatbestandsmerkmalen unterschieden wird.

Die festgestellten Unregelmäßigkeiten führten mehrfach zu erfolgreichen Rückforderungen gegen Pflegedienste bzw. bisher in 2 Fällen zu Strafanzeigen. Hier prüft die Staatsanwaltschaft eine Anklageerhebung.

Bei weiteren im Bezirk Neukölln aktiven Pflegediensten wird derzeit abteilungsintern intensiv überprüft, ob Unregelmäßigkeiten vorliegen und ggf. Voraussetzungen zur Anzeigerstattung vorhanden sind.

Zu 2.

Die Möglichkeiten des Bezirksamtes zur künftigen Vermeidung solcher Unregelmäßigkeiten sind vor dem Hintergrund der personellen Ressourcen leider nur als begrenzt zu bezeichnen.

Der in der Sache zuständigen Abteilung Soziales steht lediglich eine Stelle zur Verfügung, die sich mit dem Abrechnungsverhalten der ambulanten Pflegedienste befassen kann.

Diese Tätigkeit ist äußerst arbeitsintensiv und zeitaufwendig. Grundsätzlich kann nur im Rahmen einer Einzelfallbearbeitung, z.B. durch eine Bedarfsprüfung vor Ort, die Rechtmäßigkeit der beantragten oder abgerechneten Leistung festgestellt werden. Dies geschieht in der Regel zusammen mit den von uns beauftragten Gutachtern.

Sollten sich daraus Verdachtsmomente ergeben und diese sich nach Tiefenprüfung auch erhärten, so wird das Bezirksamt selbstverständlich auch weiterhin gegen den jeweiligen Pflegedienst strafrechtliche Maßnahmen ergreifen. Auch werden wir weiterhin mit den Sozialdezernaten anderer Bezirke zusammenarbeiten, um Maßnahmen bezirksübergreifend abzustimmen.

Das Bezirksamt verbindet mit dieser konsequenten Haltung auch die Hoffnung, dass dadurch Pflegedienste, die durch ihr nicht rechtskonformes Abrechnungsverhalten der öffentlichen Hand Schaden zufügen und zudem den guten Ruf der ganzen Branche in Frage stellen, künftig von Fehlverhalten abgeschreckt werden.

Zu 3.

Dem Bezirksamt ist bisher nicht bekannt, ob die zuständige Senatsverwaltung einheitliche Maßnahmen zur Verhinderung von entsprechender Abrechnungsunregelmäßigkeiten ergreifen wird, würde dieses jedoch ausdrücklich begrüßen.

Bernd Szczepanski  
Bezirksstadtrat

Es gilt das gesprochene Wort!